

Fulda, 7. Mai 2012

Frau Stadtverordnetenvorsteherin,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

wir als SPD Fraktion haben uns nach eingehender Diskussion entschlossen, den vorliegenden Antrag heute zur direkten Behandlung und Beschlussfassung zu stellen.

Wir wollen, dass von dieser heutigen Sitzung ein ganz starkes Signal ausgeht, gerichtet an die Anwohner der Leipziger Straße, aus Lehnerz und Niesig: "Wir nehmen Euer Anliegen sehr ernst!"

Mit Fertigstellung der Daimler-Benz- und Hermann-Muth-Straße im letzten Jahr verband sich die starke Hoffnung einer spürbaren Entlastung der Leipziger Straße sowie der Stadtteile Lehnerz und Niesig vom Durchgangs-Schwerlastverkehr. Spätestens mit der Betriebsaufnahme des neuen Papierlagers der Firma Jass mussten diese Hoffnungen begraben werden. Entgegen der Aussage des Magistrats im Zusammenhang mit der Baugenehmigung, dass nämlich die Lieferungen über das Industriegebiet Eisweiher abgewickelt werden, mussten wir Sozialdemokraten in mehreren Verkehrszählungen feststellen, dass ein erheblicher Teil der Schwerlastlieferungen weiterhin über die Leipziger- und Mackenrodtstraße, ein Teil sogar über die Straße Vierzehnheiligen erfolgt. Die letzte Zählung am 4. April zwischen 8 und 9 Uhr ergab knapp 60 Schwerlaste - das bedeutet ein Schwerlaste pro Minute. Eine Stunde früher - das ist die Zeit, in der viele Schüler auf dem Weg zur Marquardschule die Leipziger- und Mackenrodtstraße überqueren müssen - wahrscheinlich mindestens genauso viele.

Deshalb stellen wir fest, dass trotz Fertigstellung der Daimler-Benz- und Hermann-Muth-Straße weiterhin ein anhaltend starker Durchgangs-Schwerlastverkehr - insbesondere in der Leipziger und Mackenrodtstraße - zu beobachten ist.

Aus unserer Sicht gibt es drei Gründe, die für die Verbannung des Durchgangs-Schwerlastverkehrs aus der Leipziger Straße und den Stadtteilen Lehnerz und Niesig sprechen:

1. "Lärm macht krank!"

Neben physischen Hörschäden ist mittlerweile unumstritten, dass andauernde Lärmeinwirkung auch die körperliche und geistige Leistungsfähigkeit beeinträchtigen kann. Lärm kann den Schlaf, die Erholung und das Wohlbefinden, die Kommunikation, das Arbeitsvermögen stören. Es ist nachgewiesen, dass Lärm das Risiko für Krankheiten des Herz-Kreislauf-, des Magen-Darm- und des Immunsystems erhöhen kann. Bei langer Wohndauer an verkehrsreichen, lauten Straßen wie der Leipziger Straße ist das Risiko, an Bluthochdruck zu leiden oder einen Herzinfarkt zu bekommen, höher als in ruhigen Wohngebieten.

2. "Stickstoffdioxid kann zur Reizung und Schädigung der Atmungsorgane und insbesondere bei Kindern und Jugendlichen zu einer Verschlechterung der Lungenfunktion führen!"

So steht es in der Pressemitteilung des Hessischen Umweltministeriums zur Vorstellung des Luftreinhalteplans für die Stadt Fulda. In diesem Luftreinhalteplan wurde in 2010 erstmals schriftlich festgehalten, dass die Leipziger Straße die am stärksten belastete Straße in Fulda ist. Als Maßnahme zur Reduzierung dieser Belastung wurde auf die Fertigstellung der Daimler-Benz- und Hermann-Muth-Straße verwiesen - aus unserer Sicht mit nur mäßigem Erfolg.

3. "Schwerlasten stellen eine hohe Gefahr für andere Verkehrsteilnehmer dar!"

Ein Großteil der Schüler der Marquardschule muss auf ihrem Schulweg sowohl die Leipziger als auch die Mackenrodtstraße überqueren. Gerade für sie stellt der Schwerlastverkehr eine große Gefahr dar. Sie sind die schwächsten Verkehrsteilnehmer und sollten deshalb so gut wie möglich vor unnötigen Gefahrenquellen geschützt werden. Das gleiche gilt für die Schüler der Grundschule in Niesig, die auf ihrem Schulweg die Niesiger Straße überqueren müssen.

Jeder dieser drei Aspekte - jeweils isoliert betrachtet - verdeutlicht bereits, dass hier großer Handlungsbedarf besteht. In der Zusammenschau dieser drei Aspekte wird man von den Argumenten schier erschlagen - zumal vor dem Hintergrund, dass es mit der Daimler-Benz- und Hermann-Muth-Straße alternative Wege für den Durchgangsverkehr gibt. **Und deshalb wünschen wir heute ein ganz klares Votum!**

Wir erinnern an den Ihnen allen bekannten und heute wieder eingebrachten Antrag der Grünen vom Juni 2011: Darin wird ein Nachtfahrverbot für den Schwerlastverkehr im Stadtteil Niesig gefordert. Einen gleich lautenden Antrag, der das nächtliche Durchfahrverbot darüber hinaus auch für die Leipziger Straße forderte, gab es bereits von uns als SPD Fraktion in der letzten Wahlperiode. Bis dato nichts passiert.

Besagter Antrag der Grünen vom Juni 2011 befindet sich übrigens weiterhin im Geschäftsgang der Stadtverordnetenversammlung. Von daher werden Sie auch unsere Verwunderung über die Punkte 1 und 2 des vorliegenden Änderungsantrags der CDU Fraktion verstehen. Denn das, was Sie als CDU Fraktion dort fordern, hätte auf Basis des vorliegenden Antrags der Grünen schon längst im Laufe des letzten Jahres stattfinden und in einer entsprechenden Entscheidungsvorlage münden können bzw. müssen.

Man muss es vielleicht mal ganz drastisch formulieren: Sie als CDU Fraktion fordern mit diesen beiden Punkten den Magistrat auf, endlich den Antrag der Grünen in Bezug auf die Niesiger Straße ernst zu nehmen und mit dieser angemahnten Ernsthaftigkeit zu bearbeiten. Das ist gut so, sollte dann aber bitte auch derart formuliert werden.

Über die vielen Anfragen und Anträge der letzten Wahlperioden möchte ich mich hier erst gar nicht auslassen.

Wir sind es - genauso wie viele betroffene Anwohner - leid, immer wieder vertröstet zu werden! Wir wollen hier und heute einen Beschluss herbeiführen, in dem wir erstmalig als Plenum insgesamt festhalten, was unser Ziel ist: Die Verbannung des Durchgangs-Schwerlastverkehrs aus der Leipziger Straße und den Stadtteilen Lehnerz und Niesig. Der Magistrat soll mit allem Nachdruck an der Erreichung dieses Ziels arbeiten und regelmäßig Rechenschaft über seine diesbezüglichen Aktivitäten ablegen.

Und deshalb werden Sie ebenfalls verstehen, dass uns der Änderungsantrag der CDU Fraktion nicht weit genug geht. In diesem Antrag wird nicht einmal festgestellt, dass man überhaupt Handlungsbedarf sieht. Es ist ein reiner Prüfungsauftrag. All das, was Sie dort an Prüfungen fordern, wird von unserem weitergehenden Antrag subsumiert. Denn wir fordern den Magistrat auf, „unverzüglich mit allem Nachdruck alle nötigen Schritte zu unternehmen, die (...) anhaltende Belastung der Anwohner (...) zu reduzieren“. Und das

bedeutet, dass der Magistrat auch - aber eben nicht nur - die von Ihnen geforderten Prüfungen vorzunehmen hat.

Das ist auch der Grund, weshalb wir zunächst eine Abstimmung über unseren weitergehenden ursprünglichen Antrag fordern. Findet dieser keine Mehrheit, so werden wir natürlich dem vorliegenden Änderungsantrag zustimmen - wohl wissend, dass uns dieser nicht weit genug geht.

Aber vielleicht können Sie sich als CDU Fraktion ja doch durchringen, unseren weitergehenden Antrag mitzutragen. Wenigstens die Stadtverordneten aus dem Nordend und den Stadtteilen Lehnerz und Niesig wissen doch, dass hier Handlungsbedarf besteht.

Wir sind uns bewusst, dass der realistischste Weg zur Zielerreichung ein striktes Durchfahrverbot ist, worüber wir als Stadtverordnete sicherlich nicht alleine befinden können. Aus diesem Grunde fordern wir hier auch heute keine konkreten Maßnahmen. Aber gerade deshalb ist dieser Antrag so wichtig.

Herr Oberbürgermeister Möller, Herr Bürgermeister Dr. Dippel, Frau Stadtbaurätin Zuschke: Wenn dieser Antrag hier heute positiv beschieden wird, dann ist das nicht nur eine große Verpflichtung für Sie. Mit diesem Antrag im Rücken - anders als mit dem vorliegenden Änderungsantrag der CDU Fraktion - werden Sie leichter mit den zuständigen Kräften bei Polizei und Straßenverkehrsamt im Sinne der Anwohner diskutieren können. Betrachten Sie daher ein positives Votum zu unserem Antrag als neue Chance und großartige Unterstützung durch uns Stadtverordnete bei der sachlichen Auseinandersetzung mit anderen Ämtern und Behörden. Und verlieren Sie dabei das Ziel nicht aus den Augen: Die Verbannung des Durchgangs-Schwerlastverkehrs aus der Leipziger Straße und den Stadtteilen Lehnerz und Niesig - nicht zum Selbstzweck, sondern zum Wohle der Anwohner. Wir müssen mit geeigneten Maßnahmen so nah wie möglich an dieses formulierte Ziel herankommen.

Ich bitte Sie alle: Stimmen Sie unserem weitergehenden Antrag zu und lassen Sie uns damit gemeinsam die letzte Wegstrecke hin zu einer echten, nachhaltigen Entlastung der Anwohner beschreiten.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Edith Bing, Stadtverordnete der SPD Fraktion